

UNIA

**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Über den Tellerrand hinaus – Texte des gewerkschaftlichen Vordenkers Hans Baumann



Inhaltsverzeichnis

1. Verteilung und Mindestlöhne

Ende der sinkenden Lohnquote? Lohn- und Kollektivvertragspolitik in Europa. (2002)

Die Löhne in der Schweiz sind nicht zu hoch. (2005)

Die Umverteilung von Arbeit zu Kapital. (2006)

Mindestlohnpolitik in der Schweiz und in Europa. Gewerkschaftliche Lohnpolitik seit 1990. (2007)

2. Personenfreizügigkeit und flankierende Massnahmen

Für einen Baumarkt mit sozialem Schutz (1995)

Freier Personenverkehr und EU-Erweiterung. Genügen die flankierenden Schutzmassnahmen? (2005)

Chancen und Risiken des freien Personenverkehrs. (2005)

3. Globalisierung – Internationalismus

Weltwirtschaft verkommt zum Casino-Kapitalismus (1994)

Sozialdumping durch Liberalisierung des Welthandels? – Die sozialen und ökologischen Folgen der Uruguay-Runde. (1996)

Beschäftigungskrise und Globalisierung: zur Neuorientierung der aktuellen Gewerkschaftspolitik. (1998)

Globale soziale Sicherheit durch internationalisierte Sozialpartnerschaften (2001)

Euro-Betriebsräte – eine Gegenmacht. (2002)

4. Für ein soziales Europa!

Sozialabbau, Sozialdumping und Verteilungspolitik. Der Angriff auf den Sozialstaat in der EU und in der Schweiz. (1994)

Vom nationalstaatlichen zu europäischen Arbeits- und Sozialbeziehungen. Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Dimension in Europa nach Maastricht. Das Beispiel der Bauwirtschaft. (1995)

Tarifverhandlungen im europäischen Baugewerbe – Entwicklung zu europäischen Tarifverhandlungen. (1997)

EU-Erweiterung ohne soziale Dimension? Zur Gefahr einer Amerikanisierung der Sozial- und Arbeitsbeziehungen. (2002)

Die EU- sozial oder neoliberal? Die Entwicklung in der EU und das Verhältnis Schweiz-EU aus gewerkschaftlicher Sicht. (2006)

5. Mitbestimmung

Neue Mitsprache-Projekte der EU – Mehr Demokratie in europäischen Unternehmen? (1999)

Mitbestimmung: Fortschritte in der EU, Stagnation in der Schweiz. (2000)

Wie die Gewerkschaften Europa demokratisieren (2008)

6. Gewerkschaftsstrategie und Arbeitsfrieden

Längerfristige Arbeitsmarktentwicklung und Gewerkschaftspolitik. (1977)

Von der „Relativierung des Arbeitsfriedens“ zu neuen Alternativen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik? Der Verzicht der Gewerkschaften auf eigene wirtschaftspolitische Vorstellungen als Folge des Friedensabkommens. (1987)

Bilanz 50 Jahre Arbeitsfrieden: Eine Sackgasse. Ein Kurswechsel ist nötig (1987)

Vertragspolitik in der Bauwirtschaft: Deregulierung auf Samtpfoten? (1992)

7. Ökologie, Bauwirtschaft und Wirtschaftspolitik

Wie in der Bauwirtschaft die Beschäftigung gesichert werden kann. (1983)

Recht auf sinnvolle Arbeit. Gewerkschaften und grüne Gewerkschaftspolitik. (1988)

Zinspolitik statt Wirtschaftspolitik – einige Betrachtungen zur Stabilitätspolitik der Nationalbank. (1990)

Wirtschaftspolitik am Ende. (1991)

Ein ökologisch sinnvolles Beschäftigungsprogramm für die Schweiz. (1995)

Plattform für die Sicherung der Beschäftigung und der Qualifikation im Baugewerbe (1996)

Streit um das Investitionsprogramm 1997 (2002)

8. Migration und Integration

Kollektive Vereinbarung und Verhaltenskodex – Neuerungen bezüglich Nichtdiskriminierung und Integration. (2003)

Die Migration und die Prekarisierungsfalle (2007)

Anhang

Übersicht über alle Publikationen

3. Globalisierung – Internationalismus

striche machen müssen. Dieser Unterschied widerspiegelt den Graben zwischen Nord und Süd, in diesem Fall mit eher umgekehrter Interessenlage. Auch wenn die gegenwärtige Situation nicht in die schlechtest denkbare Entwicklung umschlägt, werden die Banken nicht darum herumkommen, den Teil an Verantwortung, den sie tragen, unter Verrechnung der Kosten zu übernehmen. Die Entwicklungspolitik muss unbedingt darauf hinwirken, dass dies auch geschieht.

ANMERKUNGEN

* Der vorliegende Beitrag ist eine leicht überarbeitete Fassung der Kapitel 5 - 7 des Artikels „Überschuldete Dritte Welt — und die Folgen? Wie eine aussenfinanzierte Entwicklung ins Chaos führt“, erschienen als Nr. 11 der Beiträge zur entwicklungspolitischen Diskussion; Herausgeber: Erklärung von Bern für solidarische Entwicklung, Gartenhofstr. 27, 8004 Zürich.

(1) Der Schuldendienst umfasst die Rückzahlungen (Amortisationen) und die Zinsen auf den bestehenden Schulden. Der Schuldendienst wird sodann ins Verhältnis zu verschiedenen Wirtschaftsdaten gebracht, was zu Indikatoren zur Beurteilung der Schulden-situation eines Landes führt. Einer der wichtigsten Indikatoren ist das Verhältnis des Schuldendienstes zu den Exporteinnahmen.

(2) self-reliance heisst „Entwicklung aus eigener Kraft“. Wirtschaftlich ist damit gemeint, dass die Entwicklung der Länder auf die eigenen Ressourcen abstellen und versuchen sollte, einen verarbeitenden Produktionsapparat aufzubauen, der imstande ist, die vorhandenen Konsumprofile abzudecken und die internen Austauschströme zwischen Produktions- und Konsumptionssektor in Gang zu bringen. Dies heisst Einkommen zu schaffen, das sich in Konsumption umsetzen kann. Sachinvestitionen zu tätigen, welche aus Ersparnissen der eigenen Wirtschaft stammen. Wirtschaftspolitisch bedeutet dies,

einen Prozess in Richtung wirtschaftlicher Unabhängigkeit in Gang zu bringen, welcher die formale politische Unabhängigkeit effektiv zu untermauern vermag. Die herrschende Strategie der Aussenfinanzierung von Entwicklung steht der self-reliance diametral entgegen.

(3) Seit kurzem ist die Schweiz Mitglied des 10er-Klubs, so dass nun korrekterweise von einem 11er-Klub gesprochen werden müsste.

(4) Als Euromärkte bezeichnet man die Finanzmärkte, die mit Fremdwährungen ausserhalb der nationalen Grenzen einer Währung arbeiten. So gibt es z.B. einen Finanzmarkt, der ausserhalb der USA mit Dollars arbeitet, den Euro-Dollarmarkt. Es gibt aber auch einen Euro-Franken- und einen Euro-DM-Markt. Die Euromärkte unterstehen keiner Kontrolle; Teilnehmer sind Internationale Banken, Multis, Regierungen, Internationale Institutionen und Entwicklungsländer.

*

Hans Baumann

Gewerkschaftsstrategien angesichts veränderter weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen

Von der weltweiten Krise in den kapitalistischen Ländern, die allein im OECD-Raum inzwischen zu weit mehr als 30 Millionen Arbeitslosen geführt hat, ist die Schweiz nicht verschont geblieben. Die Zeit der grossen Wachstumsraten ist zweifellos vorbei, die Wirtschaft ist in eine Zeit der Stagnation getreten, die Verwertungsbedingungen haben sich auch für das Schweizer Kapital verschlechtert.

Bereits die jüngste Diskussion um den Teuerungsausgleich, aber auch die Debatte über das Bundesbudget haben gezeigt, dass diese neuen Bedingungen zu verschärften Auseinandersetzungen über die Verteilung des Sozialprodukts führen werden, Auseinandersetzungen und Kämpfe, die im Ausland schon seit einiger Zeit im Gang sind.

Die Gewerkschaften sind durch die Krise — und dies trifft mindestens für ganz Westeuropa zu — stark in die Defensive gedrängt worden. Die Zeit der bequemen Verteilung von Einkommenszuwächsen ist vorbei. Nicht einmal mehr die minimalen Postulate der Kaufkraft- und des Bewahrens der erreichten sozialen Absicherung sind garantiert. Gerade in dieser Zeit scheint es uns jedoch wichtig, dass die Arbeiterbewegung sich nicht nur auf bewährte Verteidigungspositionen zurückzieht, sondern Perspektiven für einen Weg aus der Krise aufzeigen kann, um der bürgerlichen Politik des Lohn- und Sozialabbaus eine Alternative gegenüberstellen zu können. Diese Perspektiven sollten sich nicht im Aufzeigen eines Wegs zur „Wiederankurbelung“ unserer nationalen Volkswirtschaft erschöpfen. Heute sind wir gezwungen, auch den Aspekt des internationalen Strukturzusammenhangs und die Ökologieproblematik in diese Diskussion einzubeziehen.

Hauptursache ist Strukturkrise

Angesichts der immer noch relativ geringen Anzahl von Arbeitslosen in der Schweiz ist zu erwähnen, dass die Schweizer Wirtschaft auch hinsichtlich des Arbeitsmarktes nicht eingezwungen ist, was nichts anderes bedeutet, als dass sich ein Abbau von Arbeitsplätzen bei uns u.a. durch einen geringeren Ausländerbestand und somit als Arbeitslosigkeit in z.B. Jugoslawien oder Portugal äussert. Bereits innerhalb eines Jahres wurden in der Industrie beinahe 60'000 Arbeitsplätze abgebaut. (1)

Die Akkumulationsbedingungen für das Kapital haben sich in den letzten Jahren verschlechtert. So betrug z.B. die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts in der Schweiz in den Jahren 1960 - 1970 noch 4.7 Prozent. Für die Jahre von 1970 - 1980 fiel sie auf 1.2 Prozent. (2) Für dieses Jahrzehnt ist kaum mit einer höheren Wachstumsrate zu rechnen.

Die Investitionen, die von 1960 - 1970 noch jährlich um 5.5 Prozent zunahmen, fielen im letzten Jahrzehnt auf eine durchschnittliche Zuwachsrate von 0.9 Prozent zurück und nahmen in den letzten 2 Jahren sogar absolut ab. (3) Entsprechend verringerte sich auch der Zuwachs der Arbeitsproduktivität.

Diese Entwicklung deutet auf ein anhaltendes Sinken der Profitraten hin. Dies bedeutet nicht, dass weniger Profite erwirtschaftet wurden, sondern für die Masse des in der Schweiz neu akkumulierten Kapitals im Inland wegen der Nachfrageschwäche zu wenig rentable Investitionsmöglichkeiten vorhanden waren und sind. Die Entwicklung der letzten Jahre unterstreicht diese These: Trotz gestiegener Gewinne in den Jahren nach 1980 ist die Investitions-

quote deutlich zurückgegangen. Das Bundesamt für Statistik schreibt denn auch im Kommentar zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Jahres 1981: „Die eindruckliche Ausweitung der Brutto-Gesamtersparnis war 1981 für die Schweiz geradezu charakteristisch. Ebenso typisch war jedoch, dass die derart aufgestockte Ersparnis – unter den erwähnten Bedingungen konjunktureller Abkühlung – die Finanzierungsbedürfnisse der Inlandinvestitionen übertreffen musste.“ (4) Folge war, dass das in der Schweiz nicht rentabel genug anlegbare Kapital für Auslandsinvestitionen, d.h. unter anderem auch für den Export von Arbeitsplätzen, verwendet wurde. Die sog. Nettokreditgewährung an das Ausland erreichte denn auch mit 5.1 Mrd. Fr. einen neuen Höchstwert. (5)

Die wichtigsten Ursachen für die gegenwärtige Krise, die sich in der Schweiz durch eine anhaltende Investitionsschwäche wegen ungünstigen Kapitalverwertungsbedingungen im Inland äussert, sind sicher einerseits die typischen Merkmale einer zyklischen Konjunkturkrise, d.h. einer Überproduktionskrise. Verschiedene Merkmale der Weltwirtschaftsentwicklung deuten aber darauf hin, dass diese zyklische Krise zusammentrifft mit strukturellen Veränderungen der kapitalistischen Volkswirtschaften. Dies bedeutet, dass wir bereits seit ca. 1973 in eine längere Phase der Stagnation oder Beinahe-Stagnation getreten sind, die von zyklischen Schwankungen nur verstärkt oder abgeschwächt wird. (6)

Als wichtigste Ursachen der längerfristigen, strukturellen Verschiebungen können genannt werden:

– Die grossen Wachstumsindustrien, welche die Hochkonjunktur der Nachkriegsjahre bestimmten, sind innerhalb der traditionellen Märkte an eine gewisse Wachstumsgrenze gelangt (Automobilindustrie, Elektrogeräte etc.). Gleichzeitig ist die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Ländern um die verbleibende Nachfrage nach diesen Produkten oder den entsprechenden Investitionsgütern (Werkzeugmaschinen!) stärker geworden. Zum gleichen Zeitpunkt sind grosse öffentliche Infrastrukturvorhaben (in der Schweiz vor allem Nationalstrassen und Entsorgungsanlagen) zu einem grossen Teil bereits realisiert oder sind heute am Auslaufen.

– Die exportorientierte Industrialisierung gewisser Entwicklungsländer, insb. der sog. Schwellenländer, die durch das Ausnutzen des Potentials billiger Arbeitskräfte und anderer Kostenvorteile, oft bei Absenz oder Unterdrückung von Gewerkschaftsbewegungen, möglich war, schwächt zusätzlich die traditionellen Hersteller vorab im Sektor von Massengütern. Europäische Unternehmungen haben darauf oft mit der Verlagerung der eigenen Produktionsstätten in eben diese Länder reagiert.

– Die steigende Tendenz der Preise gewisser Rohstoffe, deren wichtigste Auswirkung der sog. erste und zweite Erdölpreisschock war, erschwert zusätzlich die Konkurrenzsituation der hochentwickelten Industrieländer.

– Bedingt durch die verschärfte Konkurrenzsituation auf den Weltmärkten und die zunehmende Nachfrigestagnation im Inland sind die Unternehmungen dazu übergegangen, Investitionsmittel im Inland fast ausschliesslich für die Rationalisierung ihrer Herstellungsprozesse zu verwenden. Durch die Verwendung neuer, mikroelektronisch gesteuerter Systeme im industriellen- und seit einiger Zeit auch im Dienstleistungssektor ist auf der grossen Linie Arbeit durch Kapital ersetzt worden. Da gleichzeitig die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen stagnierte oder nur noch leicht zunahm, sind Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet worden, ohne dass dafür Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden konnten.

Wir möchten hier nur die Frage aufwerfen, welche Rolle die wieder entdeckte Theorie der „langen Wellen“ gerade auch im Zusammenhang mit den

Sättigungstendenzen im Bereich der Wachstumsindustrien spielen könnte. Sicher ist, dass langfristige Wachstums- oder Stagnationsphasen immer auch im Zusammenhang mit wichtigen Innovationsschüben zu sehen sind. (7) Auch nur angedeutet werden soll die wichtige Rolle des langfristigen, tendenziellen Falls der Profitrate. Diese durch die eigengesetzliche Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals verursachte Tendenz wirkt sich bei einer Stagnation des Gesamtprodukts viel stärker aus als wenn das Wachstum des Gesamtprodukts einigermaßen mit dem Wachstum des konstanten Kapitals schritthält.

Bürgerliche Wirtschaftspolitik verstärkt die Krise

Die Auflistung der wichtigsten Hintergründe der anhaltenden Krisenerscheinungen zeigt, dass auch von Gewerkschaftsseite die internationale Dimension der Probleme nicht einfach ausgeklammert werden darf. Gerade die extreme Verflechtung der Schweizer Volkswirtschaft mit dem Weltmarkt erschwert eine wirksame Wirtschaftspolitik und verunmöglicht es auch einer „alternativen“ Wirtschaftspolitik und einer entsprechenden gewerkschaftlichen Strategie nur auf den Binnenmarkt zu schauen.

Die Antwort der Unternehmer und der bürgerlichen Politiker auf die zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals ist inzwischen auch in der Schweiz deutlich geworden. Die Abkehr von keynesianischen Rezepten und die Hinwendung zur monetaristischen oder „angebotsorientierten“ Wirtschaftspolitik (8) hat sich längst durchgesetzt. Die neue Spielart bürgerlichen Krisenmanagements, deren extremste Beispiele in Grossbritannien und in den USA zu finden sind, haben zweifellos dazu geführt, dass sich die internationale Wirtschaftskrise noch verschärft hat. Auch heute, wo sich in den USA deutliche Anzeichen eines bevorstehenden „Aufschwungs“ bemerkbar machen, bleibt klar, dass von einer Belebung der Wirtschaft nur die Kapitalseite und ein kleiner Teil der Bevölkerung profitieren wird. Trotz prognostizierter Gewinn- und Produktionssteigerungen für 1983 wird die Arbeitslosigkeit in den USA und im gesamten OECD-Raum in den Jahren 1983 und 1984 noch weiter zunehmen, die Arbeitnehmerinkommen werden kaum steigen. (9)

Auch in der Schweizer Wirtschaftspolitik dominiert heute der Monetarismus: Budgetgleichgewicht und Geldmengenziel stehen an erster Stelle. Sparanstrengungen beschränken die Möglichkeiten der öffentlichen Hand und gefährden das bestehende Niveau an sozialer Sicherheit. Auch der hohe Anteil der Militärausgaben in den jüngsten Beschäftigungsprogrammen des Bundes (42 Prozent der Bundesaufträge sind Militäraufträge) passt in dieses Bild.

Das Schweizer Kapital reagiert ebenfalls „angebotsorientiert“: die gegenwärtige Krise soll dafür ausgenutzt werden, Arbeitskosten einzusparen. Neben neuen Rationalisierungsschüben und Restrukturierung von Industrien soll dies auch durch einen Reallohnabbau geschehen. Der Angriff der Arbeitgeber

auf die Löhne anlässlich der Lohnrunde 82/83, der von Politikern und bürgerlichen Ökonomen kräftig unterstützt wurde, galt nicht nur den 2.5 Prozent aus dem angeblichen Rechnungsfehler des Konsumentenpreisindex. Dieser Angriff – und dies wurde von Arbeitgeberseite oft genug betont – galt dem System des Teuerungsausgleiches. Damit sollen die Arbeitnehmer in der Schweiz mit der Tatsache vertraut gemacht werden, dass das bestehende Reallohniveau auf längere Sicht nicht gehalten werden kann.

Reallohnsenkung: weder ein Mittel gegen die ökonomische noch gegen die ökologische Krise

„OHNE Einkommensverzichte der Arbeitnehmer kann weder die Wirtschaft noch der Staat saniert werden; ... die substanziellen Opfer müssen nun die Gewerkschaften erbringen, nachdem es bisher umgekehrt war“, schreibt stellvertretend für seinesgleichen der FDP-Wirtschaftsprofessor Wittmann. (10) Begründet wird der Angriff auf die Löhne mit dem „klassischen“ Argument, dass niedrigere Löhne über die Steigerung der Gewinne auch die Investitionen und damit die Gesamtnachfrage ankurbeln würden. Vor allem aber wird die Lohnsenkung wegen der Notwendigkeit der internationalen Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie gefordert. Den Arbeitnehmern in der Schweiz sei es in der Vergangenheit zu gut gegangen. Dies habe die „Leistungsfähigkeit“ der Schweizer Wirtschaft beeinträchtigt, was insbesondere den Exportbereich gefährde. Dies sind Argumente, die angesichts der internationalen Strukturverschiebungen und der Exportabhängigkeit eines relativ grossen Teils der Industrie aufs erste einleuchtend erscheinen.

Auch wenn diese Angriffe der Kapitalseite nicht dazu führen dürfen, dass sich die Gewerkschaften nur noch auf traditionelle Forderungen wie Lohnsicherung beschränken, messen wir doch dem Aspekt der Verteidigung der Reallohne aus verschiedenen Gründen eine grosse Bedeutung zu, nicht zuletzt aus der Sicht einer *Anti-Krisen-Strategie*.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass Kaufkrafterhaltung insbesondere für kleine und mittlere Haushaltseinkommen für die Sicherung bestehender Existenzmöglichkeiten wichtig ist. Auch sind in der Schweiz die durchschnittlichen Realeinkommen seit längerer Zeit keineswegs mehrgestiegen. Es ist also falsch, von „Anspruchsinflation“ oder ähnlichem zu sprechen. So sind seit 1974 die Reallohne von Arbeitern gleich geblieben, diejenigen von Angestellten nur minim gestiegen. Nimmt man die real verfügbaren Einkommen (d.h. Reallohne minus Steuern), so sind diese in den letzten acht Jahren bei Arbeitern gar deutlich, nämlich um 3.3 Prozent gesunken und bei Angestellten ungefähr gleich geblieben. (11)

Angesichts der Krise kommt der Lohnpolitik auch die wichtige Aufgabe zu, zur Stützung der Binnennachfrage beizutragen. Das gleiche lässt sich für den Konsum des Staates, die Sozialversicherung und die öffentlichen Investitionen sagen. Selbst wenn der Keynesianismus auch aus gewerkschaftlicher Sicht als

wirtschaftspolitisches Konzept abgewirtschaftet hat, bleibt unbestritten, dass die Bekämpfung der kurzfristigen, zyklischen Ursachen der Krise für die Nachfragebelebung unerlässlich ist. Obschon die Schweiz einen hohen Export-/ Importanteil am Sozialprodukt aufweist, werden doch immer noch ca. 60 Prozent des Bruttosozialprodukts im Inland produziert und konsumiert, wobei auf der Nachfrageseite der Konsum privater Haushalte den weitaus grössten Anteil ausmacht. Eine Senkung der Reallohne um nur wenige Prozent hat also einen entscheidenden, negativen Einfluss auf den Wirtschaftskreislauf.

Die „grünen“ Argumente für Lohnabbau oder Lohnstopp

Unter „grünen“ Argumenten für einen Lohnabbau verstehen wir die Forderung nach Verzicht auf mehr materiellen Wohlstand, da eine Steigerung des Bruttosozialprodukts auch immer mehr ökologische Bedrohung mit sich bringt, die Welt wichtiger Rohstoffe für immer beraubt und zudem die Entwicklungsunterschiede zwischen „Nord und Süd“ verstärkt. Ein Teil der Ökologiebewegung folgert daraus, dass wir bei den Löhnen mit dem Wohlstandsverzicht beginnen sollten. Bekannt geworden ist vor allem die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit entsprechender Lohnkürzung.

Die Forderung zum Verzicht auf mehr materiellen Wohlstand ist angesichts der sich verschärfenden Umweltkrise und der Verschwendung von Ressourcen in der kapitalistischen Produktionsweise durchaus ernst zu nehmen. Unserer Meinung ist der Öko-Krise und dem „Nord-Süd“-Problem aber nicht mit Lohnverzicht in den hochentwickelten Ländern beizukommen. Im Gegenteil: Lohnverzicht bedeutet in unserem System automatisch eine Steigerung der Gewinne. Wenn die Nachfrage nach mehr Gütern und Dienstleistungen wegen der zu niedrigen Löhne nicht da ist – wie dies gegenwärtig der Fall ist – können zwar die Gewinne kaum für Erweiterungsinvestitionen verwendet werden. Es wird jedoch noch mehr rationalisiert und zwar mit Technologien, die keineswegs den Anforderungen einer menschen- und umweltgerechten Entwicklung entsprechen sondern meist nur den Anforderungen des Profits. Dies bewirkt vermehrte Arbeitslosigkeit und eine Verstärkung der Krise, welche sich auch negativ auf den Weltmarkt und insbesondere auf die zweite und dritte Welt auswirkt, beispielsweise über ein Sinken der Rohstoffpreise. Zudem wird vermehrt Kapital in die Dritte Welt exportiert, was das Ausbeutungssystem verstärkt und nicht schwächt.

Lohnverzicht ist also keineswegs ein erstrebenswerter Beitrag der Gewerkschaften gegen Ökologiekrisis und imperialistische Ausbeutung, auch wenn zugegeben werden muss, dass heute ein Teil des Haushaltseinkommens auch der unteren und mittleren Einkommensschichten für nutzlose oder aus ökologischen Gründen fragwürdige Güter und Dienstleistungen ausgegeben werden muss, für die es *theoretisch* sinnvollere und billigere Alternativen gäbe. Hier gibt es aber nur die Möglichkeit, *direkt* auf die Produktion und damit auf die Angebotsseite Einfluss zu nehmen und von gewerkschaftlicher Seite aus sinnvollere Alternativen in der Produktion (im Sinne von menschen-

gerechten Techniken) aber auch im Konsumbereich und bei den öffentlichen Investitionen zu fordern. Hier sind zwar erst Ansätze vorhanden und die vor allem im Ausland (12)

In der Schweiz gäbe es wichtige Aufgaben in Richtung einer Politik gegen die strukturelle Krise. Zu denken ist hier an konkrete Vorschläge zur Rüstungskonversion oder zum menschengerechten Einsatz neuer mikroelektronischer Systeme. Die Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) hat ansatzweise einige Strategien zur längerfristigen Umorientierung der Bauinvestitionen diskutiert. (13) Diese Ansätze sollen insbesondere, was die öffentlichen Investitionen angeht, noch weiterentwickelt werden. Hier würden die Gewerkschaften in einen völlig neuen Bereich vorstossen: es müsste ja nicht nur darüber diskutiert werden, wie über Investitionen und Produktion mitbestimmt werden kann. Sondern es müssten auch echte inhaltliche, technische und gesellschaftliche Alternativen aufgezeigt werden.

Arbeitszeitverkürzung an erster Stelle

Für die Durchsetzung solcher alternativer angebotsorientierter Postulate müssten Gewerkschaften und die gesamte alternativ-grüne Bewegung, wo immer möglich, an einem Strick ziehen. Denn insbesondere im Bereich der privaten Investitionen lässt sich das Schweizer Kapital bis heute überhaupt nicht dreinreden.

Schon mit viel traditionelleren Postulaten gegen die langfristige strukturelle Krise haben es die Schweizer Gewerkschaften schwer genug. Hier steht sicher die Forderung der Arbeitszeitverkürzung im Vordergrund. Arbeitszeitverkürzung im weiteren Sinn bedeutet alle Varianten der Verkürzung der Lebensarbeitszeit, also z.B. auch Herabsetzung des Rentenalters oder Verlängerung von Ausbildungszeit und Ferien. Mit der Arbeitszeitverkürzung wird es möglich sein, auch längerfristig der verminderten Nachfrage nach Arbeitskräften durch Rationalisierung etc. etwas entgegenzusetzen. Die Arbeitszeitverkürzung als prioritäre Forderung ist auch die wichtigste Massnahme der Gewerkschaften gegen die Gefahr einer Spaltung der Arbeitnehmer in ein Heer von unterprivilegierten Arbeitslosen oder nur zeitweise Beschäftigten und eines Hauptteils von Arbeitern und Angestellten, die fortgesetzt unter materiell einigermassen gesicherten Bedingungen beschäftigt werden kann.

Die Arbeitszeitverkürzung kommt auch den „grünen“ Postulaten entgegen: Produktivitätsfortschritte werden vermehrt für mehr Freizeit anstatt für höhere Reallöhne verwendet. Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Sicherung der Reallöhne garantiert auch, dass die aufgezeigten negativen Effekte von Lohnsenkungen nicht eintreten, da die Einkommensverteilung nicht zu Gunsten der Kapitaleseite verändert wird.

Da im Moment zwei Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung hängig sind (Ferieninitiative von SGB/SPS und Herabsetzung des Rentenalters von POCH/PdA/PSA/SAP) und demnächst der SGB eine neue 40-Std-Wochen-Initiative startet, muss mit einer heftigen Auseinandersetzung über diese wichtigen

Forderungen der Arbeiterbewegung gerechnet werden. Dies obschon die Arbeitszeitverkürzung mindestens als ein wichtiger Beitrag zur längerfristigen Sicherung der Arbeitsplätze nicht nur von allen europäischen Gewerkschaften gefordert, sondern inzwischen auch von vielen europäischen Regierungen akzeptiert wird. (14)

Gegen die Arbeitszeitverkürzung als beschäftigungspolitische Massnahme werden von der Kapitaleseite verschiedene Gegenargumente ins Feld geführt. Das wichtigste Gegenargument ist das gleiche wie gegen die Reallohnsicherung: durch Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn erhöhen sich die Produktionskosten. Dabei verliere die Exportwirtschaft einen Teil ihrer Konkurrenzfähigkeit und Arbeitsplätze gingen verloren. (15)

Internationale Konkurrenzfähigkeit gegen internationale Solidarität

Angesichts der relativ hohen Abhängigkeit der Schweizer Wirtschaft vom Weltmarkt kann mit dem Argument der internationalen Konkurrenzfähigkeit praktisch jedes Postulat der Arbeiterbewegung, das den Profit gefährdet, bekämpft werden. Es dient als Rechtfertigung für die Einführung menschenfeindlicher, arbeitsplatzvernichtender Technologien, für Reallohnabbau, als Argument gegen die Arbeitszeitverkürzung. So entsteht ein vermeintlicher Sachzwang, der verunmöglichen würde, überhaupt irgendwelche Veränderungen vorzunehmen, die nicht im Interesse des internationalen Kapitals sind.

Dabei sind wir angesichts der stagnierenden Nachfrage in den kapitalistischen Ländern in einer Situation des Nullsummenspiels: Verschafft sich ein Land mittels einer „angebotsorientierten“ Politik entscheidende Kostenvorteile, wie z.B. die USA, wenn die Löhne der Automobilarbeiter gesenkt werden, gehen einem anderen Land Arbeitsplätze verloren, da die Gesamtnachfrage ja nicht steigt (sondern im Fall von Lohnkürzungen sogar sinkt). Verhalten sich alle Länder so, kommt es zu einem Konkurrenzkampf zulasten der Arbeitnehmer, bei dem jene Länder, in denen die Gewerkschaften schwach oder unterdrückt oder extrem korporatistisch sind, am besten abschneiden. Die Situation der Weltwirtschaft verschlechtert sich aber wegen der sinkenden Gesamtnachfrage zusehends, was auch zulasten der 3. Welt, ja sogar der sog. Schwellenländer gehen muss. Ausdruck einer solchen Entwicklung, wie sie ja teilweise stattgefunden hat, ist dann z.B. die hohe internationale Verschuldung dieser Länder.

Die „angebotsorientierte“ Reaktion der nationalen Kapitale auf die verschärfte Konkurrenzsituation führt zweifellos auch zu einer stärkeren Exportabhängigkeit dieses Landes. (16) Für ein Land wie die Schweiz wäre aber genau das Gegenteil anzustreben. Dies heisst nicht Abkoppelung vom Weltmarkt, aber Verringerung der Exportabhängigkeit, inkl. dem Export von Dienstleistungen im Finanzbereich, innerhalb der Möglichkeiten eines rohstoffarmen Landes, und damit auch grössere Resistenz gegen ökonomi-

Sozialdumping und GATT

Weltwirtschaft verkommt zum Casino-Kapitalismus

«Gemäss einer Weiterentwicklung der Theorie von David Ricardo führt der Freihandel zu einer totalen Angleichung der Faktorpreise und damit zu mehr Wohlstand für alle. Aber das geschieht nur im Himmel der Theorie.»

Prof. René Erbe, Basel

Hans Baumann*

Die jetzt abgeschlossene Uruguay-Runde des GATT wird einen kräftigen Liberalisierungsschub für den Welthandel auslösen und soll allen Ländern und Regionen, auch den Ländern der Dritten Welt, durch den besseren Zugang zum Weltmarkt zusätzliches Wirtschaftswachstum ermöglichen. Dies geschieht insbesondere durch einen weiteren Abbau der Zölle, die z.B. für Pharma- und Chemieprodukte vollständig entfallen sollen, und durch den Einbezug neuer Bereiche, wie der Dienstleistungen in das Abkommen.

Sozialdumping und Liberalisierung

Auch die meisten Gewerkschaften sprechen sich heute grundsätzlich für eine weitere Liberalisierung des Welthandels aus. Protektionismus könnte zwar die Industrieländer vor billigen Importen aus den aufstrebenden Schwellenländern Südostasiens und Osteuropas schützen und kurzfristig Arbeitsplätze sichern. Dies kann eine Strategie sein, um nötige Umstrukturierungen kurzfristig abzufedern und sozialverträglicher zu gestalten. Sie schützt jedoch kaum vor der längerfristigen Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Zudem bedeutet eine wirtschaftliche Erstarkung in den weniger entwickelten Staaten auch wieder Ab-

* Hans Baumann ist Zentralsekretär der Gewerkschaft Bau und Industrie GBI.

satzmärkte für Produkte und Dienstleistungen aus den Industrieländern.

Den offensichtlichen Vorteilen des liberaleren Welthandels stehen grosse Risiken gegenüber. Durch die schärfere Konkurrenz im Welthandel und um Produktionsstandorte sowie der Tendenz zur Globalisierung der Konzerne nimmt die Gefahr des Sozialdumpings zu. Durch die Globalisierung der Wirtschaft nehmen gleichzeitig die Einflussmöglichkeiten des Nationalstaates ab, der bis anhin vor allem die Aufgabe der Regulierung und der Kontrolle von Sozialstandards wahrgenommen hat. Die gleiche Tendenz ist bezüglich der Beziehungen zwischen den Arbeitgeber- und den ArbeitnehmerInnen ersichtlich.

Begriff und Folgen von Sozialdumping

Unter dem Begriff «Sozialdumping» können ganz verschiedene Situationen verstanden werden. Eine allgemeingültige Definition, die man auch für eine eventuelle Sozialklausel im GATT verwenden könnte, gibt es nicht. Hier sollen darunter vor allem drei Aspekte verstanden werden:

- Unterschiede im Lohnniveau bzw. in den Arbeits- und Sozialbedingungen in verschiedenen Ländern oder Regionen werden von Unternehmungen dazu benutzt, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen gegen unten zu nivellieren. Dies geschieht häufig mittels *Drohung der Arbeitsplatzverlagerung in Niedriglohngelände*. Eine Produktionsverlagerung bzw. eine Standortentscheidung aufgrund von Kostenvorteilen *an sich* kann noch nicht als Sozialdumping bezeichnet werden. Dies gehört zu einem «normalen» marktwirtschaftlichen Vorgang, und ohne Direktinvestitionen von Unternehmungen aus den Zentren in periphere Gebiete ist

letztlich eine wirtschaftliche Konvergenz zwischen Regionen nicht denkbar. Sozialdumping ist nur *das gegenseitige Auspielen von Lohnkostendifferenzen zu Lasten der Beschäftigten*.

- Unter Sozialdumping wird auch verstanden, wenn sich Unternehmer in einzelnen Ländern *Kostenvorteile* verschaffen, indem sie sich über internationale Vereinbarungen, wie z.B. die Menschenrechtskonvention oder Vereinbarungen des Internationalen Arbeitsamtes über Gewerkschaftsrechte bzw. soziale Minimalstandards, hinwegsetzen und dies von den staatlichen Behörden geduldet wird, in der Hoffnung, dass das eigene Land damit Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt erlangen kann. Eine solche Praxis ist oft begleitet von einer *Unterdrückung der Gewerkschaftsrechte und/oder undemokratischen, politischen Verhältnissen*.

- Eine dritte Variante des Sozialdumpings ist vor allem im Baugewerbe und in gewissen Dienstleistungsbereichen verbreitet: Von Unternehmungen werden Lohnniveau und Sozialleistungen in einem Land häufig unterlaufen, indem mit Arbeitskolonnen, ausländischen Subunternehmern, Verleihfirmen oder gar der Beschäftigung von illegal eingereisten Arbeitnehmern aus Tieflohnländern gearbeitet wird oder indem Firmen ihre Belegschaften ins Ausland «entsenden», ohne die dort üblichen oder vertraglich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten. Mit der Liberalisierung der Dienstleistungen und der Ausdehnung des GATT-Kodex über das öffentliche Beschaffungswesen wird diese Form des Sozialdumpings international an Bedeutung gewinnen.

In Zusammenhang mit dem GATT ist in den letzten Monaten vor allem die zweite Form von Sozialdumping diskutiert worden.